



## DRINGLICHKEITSANTRAG AN DEN GEMEINDERAT ZUR SITZUNG AM 14. DEZEMBER 2007

### **Gegenstand: Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Empfehlungen und Maßnahmen basierend auf den Ergebnissen des Gender-Budgeting Projektes**

#### **Sachverhalt**

Am 21. November 2007 wurde im Rahmen einer Veranstaltung die Dokumentation des Gender-Budgeting-Projektes allen Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis gebracht; für alle Klosterneuburger Bürger ist diese Studie auf der Home Page der Stadtgemeinde abrufbar. Dieses Projekt stellt die Einleitung eines Gender Budgeting Prozesses auf Gemeinde-Ebene dar und ist ein erster Schritt in Richtung einer geschlechtergerechteren Budgetgestaltung. Dieses Projekt wurde von der Gesellschaft für politische Bildung finanziert, von Frau Dr. Marion Breiter geleitet und von Frau Stadträtin Martina Enzmann koordiniert. Mehrere GemeinderätInnen und BeamtInnen haben daran teilgenommen. Wichtige Daten und Informationen wurden erhoben. In dieser Dokumentation werden unter anderem mehrere Empfehlungen gegeben und mögliche Maßnahmen der Gemeinde genannt, um eine geschlechtergerechtere Budgetgestaltung sowie eine adäquate Repräsentation von Frauen in Führungspositionen der Gemeinde und der Verwaltung zu fördern.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Da die vorliegende Gender Budgeting Dokumentation nur die Einleitung eines Gender Budgeting Prozesses auf Klosterneuburger Gemeinde-Ebene darstellt und in der vorliegenden Studie gravierende Probleme in der geschlechtergerechten Budgetgestaltung, ganz besonders in der Repräsentation von Frauen in Führungspositionen der Gemeinde, festgestellt wurden, ist es im Sinne der Klosterneuburger BürgerInnen, diesen Prozess fortzuführen und alle Ausschüsse zu beauftragen an Hand der in der Studie angeführten Empfehlungen einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, um diese Probleme und das bestehende Ungleichgewicht zu beheben.

#### **Begründung der Dringlichkeit**

Zurzeit wird im Parlament die Verfassungsbestimmung, die auch die Gemeinden zu Gender Budgeting in der Haushaltsführung verpflichtet, behandelt. Da die EU ihren Mitgliedern Gender-Budgeting verpflichtend vorschreibt, wird das österreichische Parlament diese EU-Vorschrift demnächst per Gesetz bestätigen.

Maßnahmen zur geschlechtergerechteren Budgetverteilung sind auf Grund der seit langem gesetzlich verankerten Gleichstellung von Mann und Frau als dringlich einzustufen.

Der Gemeinderat sollte schon jetzt die einzelnen Ausschüsse beauftragen in dieser Sache mit den Vorarbeiten zu beginnen und nicht erst die verpflichtende Umsetzung dieser EU-Vorschrift des Gender-Budgetings abzuwarten.